

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Manfred Juraczka (ÖVP), Dipl.-Ing. Elisabeth Olschar, BSc (ÖVP) und Ing. Erol Holawatsch (ÖVP) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Innovation, Stadtplanung und Mobilität) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Grüne Welle

Die Verkehrspolitik der derzeitigen Stadtregierung konzentriert sich primär auf den Ausbau von Radwegen. Der Mitteleinsatz in diesem Bereich ist enorm, wobei natürlich vielerorts notwendige Maßnahmen gesetzt werden. Allerdings fehlt in der derzeitigen Verkehrspolitik ein gesamthafter Zugang, der alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen in den Fokus rückt und eine Win-Win-Situation schafft, statt Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen.

Politik, die den motorisierten Verkehr anspricht, ist fast schon zu einem Tabu geworden, als ob die Fortbewegung mit dem eigenen PKW in Zukunft nicht stattfinden würde. Dabei wäre es im Sinne des Klimaschutzes, der Lebensqualität und der persönlichen Freiheit notwendig, die noch immer ungenutzten Potenziale endlich auszuschöpfen. Dazu gehören der Ausbau von Garagenstellplätzen, um den Menschen ein geeignetes Angebot zu machen und die Oberfläche zu entlasten, als auch die Verbesserung des Verkehrsflusses.

Letzteres stellt gerade im städtischen Umfeld eine gewisse Herausforderung dar. Allerdings ist in dieser Hinsicht bisher wenig passiert, obwohl der Ausbau der sogenannten „Grünen Welle“ seit Jahren propagiert wird. Zwar wird versucht, mittels Pilotprojekten, wie der sog. „Grüne Welle App“, das Thema am Leben zu erhalten – substantielle Fortschritte sind bisher nicht erkennbar. Vielmehr kommt es u.a. aufgrund von neuen Radwegprojekten zum Entfall von Fahrstreifen und einer künstlichen Verengung von Hauptverkehrsrouten sowie durch entsprechende Ampelschaltungen zur kontraproduktiven Verlangsamung des motorisierten Verkehrs.

Straßen gehören zum Lebensnetz einer Stadt. Eine funktionstüchtige, lebenswerte Stadt braucht klar definierte Hauptrouten, auf denen der motorisierte Verkehr weitestgehend ungehindert fließen kann – Stichwort „Grüne Welle“. Die technologischen Möglichkeiten bieten zahlreiche Lösungen für die Etablierung

eines tatsächlich vernetzten Verkehrssystems – angefangen von der Ampel bis hin zum individuellen Verkehrsteilnehmer.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die Wiener Stadtregierung auf, substantielle Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses zu setzen, indem die sog. „Grüne Welle“ mit den verfügbaren technologischen Möglichkeiten ausgebaut wird. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel sollen im kommenden Voranschlag 2024 aufgestellt werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 28.06.2023

